



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 04

29. Januar 2012

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Sonder-ID

zur Strukturreform der Polizei Baden-Württemberg

Häuptlinge und Indianer bekommen eine Frischzellentherapie

Polizeistrukturreform: Häuptlinge und Indianer bekommen eine Frischzellentherapie

Quellen: DPoIG und zahlreiche Medien vom 26.1.2012 (auszugsweise)

Am 25. Januar 2012 präsentierte Innenminister Reinhold Gall (SPD) die Eckpunkte der Polizeistrukturreform im Rahmen einer Landespressekonferenz. Die Reaktionen in den Medien, in der Öffentlichkeit, aus der Landes- und Kommunalpolitik, von den Gewerkschaften, aber vor allem bei den Kolleginnen und Kollegen hätten unterschiedlicher kaum ausfallen können. Viele Dienststellenleiter versammelten noch am selben Tag ihre Mitarbeiter um sich und gaben das weiter, was Ihnen der Minister am Vormittag vorstellte. Hier und da war durchaus auch Anerkennung für die Reformpläne zu hören, doch in vielen Dienststellen rumort es ganz gewaltig, was die zahlreichen kollegialen Gesprächsrunden auf den Fluren mancher Dienststellen nach den Informationsveranstaltungen mehr als deutlich machten.

Wie groß das Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen war, zeigte auch die Tatsache, dass das polizeiliche Intranet an diesem Tag mehrfach den Geist aufgab (Too busy! War dort meist zu lesen). Nur wenige der Beschäftigten konnten sich ab 11.00 Uhr die Video-Botschaft des Innenministers ansehen und anhören, der sich mit hochgekrempeelten Hemdsärmeln entschlossen und zupackend präsentierte.



📺 Landesschau aktuell vom 25.1.2012, 21.45

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell-bw/-/id=98428/did=9194288/pv=video/nid=98428/1y7c8yc/index.html>



Lautensack: „Das ist ein Totalumbau, das ist eine völlig neue Polizei und wir machen uns wegen des großen Umsetzungsaufwands ganz erhebliche Sorgen.“



Seidenspinner: „In diesem Konzept sehe ich eine große Chance für die Polizei Baden-Württemberg, Personal dahin zu bekommen, wo es hingehört, nämlich an die Basisdienststellen...“

Zur Klarstellung:

Der DPoIG-Landesvorsitzende hat die Reform als Mitglied der Projektgruppe nicht „abgenickt“. Joachim Lautensack war als Vertreter des Hauptpersonalrats der Polizei von diesem Gremium in die Projektgruppe entsandt worden.

Auf Seite 43, Fußnote 72 des in Polizei-ONLINE eingestellten Eckpunkteberichts ist dokumentiert, dass er als Vertreter des Hauptpersonalrats an den Bewertungen und Abstimmungen nicht teilgenommen hat.

Auf Seite 18 des Berichts ist überdies verkürzt nachzulesen, mit welcher Position die DPoIG zum Projektstart angetreten ist.

Die vollständige Stellungnahme drucken wir nachfolgend ab.

Stellungnahme der DPoIG zum Projektauftrag (4.11.2011)

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme bezogen auf den Inhalt des Projektauftrages.

Vorbemerkungen

Die grundsätzliche Zielrichtung des Projekts, die belastungsorientierte Stärkung der polizeilichen Präsenz in der Fläche, ist auch von uns grundsätzlich nicht zu beanstanden. Ob dem Fakt der außerordentlichen Personalbelastung jedoch mit einer neuerlichen Organisationsreform begegnet werden kann und muss, stellen wir in Frage.

Unzweifelhaft hat die Polizei des Landes seit Jahren, insbesondere bedingt durch den Stellenabbau, Aufgabenzuwächse und Personalverlagerungen in Schwerpunktbereiche, ein gewaltiges Personalproblem. Nebenbei bemerkt wurden die zusätzlichen Personalressourcen immer von der polizeilichen Basis rekrutiert und diese dadurch mehr und mehr geschwächt. Trotz der gravierenden Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Sicherheitsarbeit und der daraus resultierenden Personal- und Organisationsprobleme wurde immer wieder versucht, durch immer neue Organisationsreformen zusätzliche „Effizienzgewinne“ zu lokalisieren, abzuschöpfen oder umzuwidmen. Das Grundproblem blieb aber bei und nach allen zurückliegenden Reformen immer weiter bestehen: Zu wenig Personal für zu viele Aufgaben. Dieser un-sägliche und sich immer wiederholende Kreislauf muss endlich unterbrochen werden.

Kritisch bewerten wir überdies den engen Zeitrahmen des Projekts.

Zum Projektauftrag allgemein

Die Untersuchung der inneren und äußeren Organisation der Polizei sollte nach zahlreichen ministeriellen Bekundungen „ergebnisoffen“ erfolgen. Diese Ergebnisoffenheit zweifeln wir jedoch an. So wurden bereits bei den ersten Presseverlautbarungen des Ministers Freisetzungspotentiale in der Größenordnung von 1.000 bis 1.200 in

der Öffentlichkeit als Erwartung dargestellt, was unserer Meinung nach einer Vorgabe gleichkommt und logischerweise zwingend eine grundsätzliche und weitreichende Organisationsänderung vorgibt. Auch die detaillierten Vorgaben von Zielpunkten des Projektauftrags lassen keinen anderen Schluss zu, als dass zukünftig zwingend von einer grundsätzlich abweichenden Polizeiorganisation ausgegangen wird. Aussagen zur Leitstellenbündelung oder der Blick nach Bayern bestärken uns in unserer Auffassung. Dass die heutige, dreistufige und vor allem überaus erfolgreiche Polizeiorganisation „nur“ optimiert werden könnte, steht aus unserer Sicht mit Blick auf den überaus detaillierten Projektauftrag leider überhaupt nicht zur Disposition.

Unsere Zustimmung wird keine Organisationsreform finden können, die lediglich die Türschilder an den Dienstgebäuden austauscht. Wir gehen zwingend davon aus, dass sachgerechte logistische, bauliche und technische Voraussetzungen vor einer Realisierung geschaffen werden, deren Kosten mit den finanziell zu erzielenden Synergien vollständig gegengerechnet werden. Die Darstellung rein rechnerisch personeller Synergien und Freisetzungspotentiale werden wir ebenfalls nicht akzeptieren können.

Nicht im Projektauftrag zu finden ist die Frage, wo und wie im Rahmen der Vorschläge eine sachgerechte Personalvertretung sichergestellt werden kann.

Stärken der bisherigen Polizeistruktur

Die Leistungsfähigkeit der Polizei und die Qualität der Polizeiarbeit werden anerkanntermaßen an der Kriminalitätsbelastung und der polizeilichen Aufklärungsquote gemessen. Im Bund-Länder-Vergleich belegt die Polizei Baden-Württemberg seit vielen Jahren immer einen der Spitzenplätze, wenngleich andere Länder hier und da nachrücken und in Konkurrenz treten. Besonders bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass die Polizei des Landes Baden-Württemberg diesen Spitzenplatz mit der vergleichsweise niedrigsten Personalausstattung hält und verteidigt und dass wir mit dieser Relation ganz sicherlich den TOP-Platz im Bund-Länder-Vergleich einnehmen. Auch unsere Aus- und Fortbildungsstrukturen sowie die Qualität der beruflichen Bildung werden in hohem Maße anerkannt, ebenso wie die Leistungsfähigkeit unserer Einsatzeinheiten. Hier und da werden unsere Standards ausgezeichnet, erhalten wir Preise für besonders innovative Projekte, zahlreiche Dienststellen und Geschäftsprozesse wurden sogar zertifiziert.

Sicherlich würde sich ein Gesamtkostenvergleich der Länderpolizeien lohnen, also die Beantwortung der Frage, wie viel Geld die jeweiligen Bundesländer insgesamt für polizeiliche Sicherheitsaufgaben ausgeben.

Schwächen der aktuellen Polizeistruktur

Sicherlich hat die heutige Polizeistruktur auch einige Schwächen. Die Grundsatzfrage dabei ist jedoch, ob zur Minimierung erkannter Schwächen die Gesamtorganisation im ganz großen Stil auf den Kopf gestellt werden muss oder vielleicht eine organisations- und mitarbeiterschonende Optimierung nicht der bessere und vor allem auch der verträglichere Weg wäre.

Die VwV-PolOrg wurde über viele Jahre nicht fortgeschrieben, obwohl sich die Realitäten verändert haben. Die Polizei BW ist und war eine lernende Organisation und war auch immer bereit, sich zu verändern und ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Vielleicht gerade weil in den vergangenen Jahren eine Nachzeichnung der Verände-

rungen aus bekannten Gründen nicht vorgenommen wurde, hat sich ein vermeintlicher „Reformstau“ gebildet.

Es gibt sicherlich auch in vielen großen, leistungsfähigen Organisationen und Unternehmen Schwächen, ohne dass aufgrund dieser Erkenntnis jeweils ein Totalumbau der grundsätzlich leistungsfähigen Organisation erfolgt.

Zu den wesentlichen Zielpunkten des Projektauftrags

Wie bereits angedeutet, ist der Projektauftrag aus unserer Sicht sehr detailliert und damit in gewisser Weise auch stark ergebnisorientiert. Eine zur heutigen Struktur abweichende Modellentwicklung wird ganz offensichtlich erwartet.

Begriffe wie Synergien, Kostenbetrachtung, mitarbeiterorientierte und sozialverträgliche Umsetzung, Technikeinsatz und Technikmodernisierung, Hierarchieverflachung, regionale Dienststellen, belastungsorientierte Stärkung, Erhöhung der Qualität durch organisatorische Maßnahmen, Stärkung bestehender Handlungserfordernisse, Optimierung und Standardisierung setzen die sehr engen und wegweisenden Leitplanken für die zu erwartenden Ergebnisse überaus deutlich.

Ob oder inwieweit beispielsweise der Zielpunkt „Erarbeitung eines Vorschlags zur Erhöhung der Qualität der Erfüllung polizeilicher Kernaufgaben durch organisatorische Maßnahmen“ überhaupt prognostizierbar und realisierbar ist, kann verlässlich erst geraume Zeit nach der organisatorischen Umsetzung verifiziert werden. Übrigens wie bei vielen anderen Zielpunkten gleichermaßen.

Schlussbemerkungen

„Operationen am offenen Herzen eines gesunden und leistungsfähigen Organismus“ sind nicht ungefährlich. Reformen belasten wie Operationen unweigerlich die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Gesamtorganisation, von den ganz persönlichen Ängsten und Befindlichkeiten betroffener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zur Frage, ob die neue Organisation ihre Leistungsfähigkeit wirklich steigern kann.

Um es noch einmal zu betonen: Die DPoIG trägt überzeugende Reformen mit, die die Polizei wirklich voranbringen, die geeignet sind, strukturelle Defizite nachhaltig abzubauen und die die Beschäftigten mitnimmt.

Allergrößten Wert werden wir bei allen Reform- und Realisierungsschritten auf die Mitarbeiterorientierung und eine sozialverträgliche Umsetzung legen. Im Blick haben wir dabei insbesondere unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in den unteren Einkommensgruppen und die, die in Teilzeit arbeiten.

Gerne werden wir uns wohlwollend kritisch an der weiteren Projektarbeit und vor allem an deren Ergebnissen zum Wohle der Polizei und vor allem zum Wohle der Beschäftigten beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Lautensack
Landesvorsitzender

Pressemitteilung der DPOIG vom 25.01.2012

Polizei des Landes wird völlig neu erfunden Eine Polizei auf der grünen Wiese

Die Deutsche Polizeigewerkschaft anerkennt und respektiert die Motivation von Innenminister Reinhold Gall, die Polizei des Landes personell und finanziell besser aufstellen zu wollen. Die heute der Öffentlichkeit vorgestellten Eckpunkte der Strukturreform sind aus Sicht der Polizeigewerkschaft aber deutlich überdimensioniert.

Die DPOIG hat nach Lautensacks Aussagen keinerlei Grund zur Fundamentalopposition, bezweifelt jedoch die Sinnhaftigkeit, dass eine Polizei, die gemessen an den Kriminalitätsbelastungszahlen, der Aufklärungsquote bei gleichzeitig niedrigstem Personalbestand im Bund-Ländervergleich seit vielen Jahren allerbeste Leistungsbilanzen aufzuweisen hat, völlig umgekrempelt werden soll. Eine Polizeistruktur, deren herausragende Stärken derart erwiesen sind, muss nicht in diesem großen Stil verändert werden.

„Die Reformvorschläge mögen aus fachtheoretischer Sicht nachvollziehbar sein, passen jedoch auf den ersten Blick nicht in die Lebenswirklichkeit der baden-württembergischen Sicherheitsphilosophie“, sagte der Landesvorsitzende der DPOIG, Joachim Lautensack.

Die heutigen Polizeipräsidien und Polizeidirektionen, große wie kleine, beweisen 365 Tage im Jahr, dass sie in der Lage sind, nahezu alle polizeilichen Herausforderungen zu bewältigen. Einige von ihnen ließen sich ihre Arbeit, ihre Geschäftsprozesse zertifizieren und haben Auszeichnungen erhalten.

Joachim Lautensack: „Wer will allen Ernstes anzweifeln, dass beispielsweise Dienststellen wie die Polizeipräsidien bzw. Polizeidirektionen Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Offenburg, und selbst Biberach oder Emmendingen in den zurückliegenden Jahren nicht in der Lage gewesen wären, alle sicherheitspolitischen Herausforderungen weitgehend eigenständig zu bewältigen? Der Papstbesuch, Rechts-Links-Demonstrationen, Risiko-Fußballbundesligaspiele, außergewöhnliche Kapitalfälle und vieles andere mehr sollten diese Überzeugung eindeutig belegen. Man muss die Reformnotwendigkeit einer solchen Dimension doch nicht einzig und alleine am Mordfall Bögerl im Zuständigkeitsbereich einer kleinen Polizeidirektion festmachen. Denn selbst die mit Abstand größte Polizeidienststelle in Land, das Polizeipräsidium Stuttgart, braucht seit Monaten personelle Unterstützung, um die Sonderlage Stuttgart 21 professionell zu bewältigen. Die Polizei des Landes ist gut. Sie ist sogar sehr gut. Und sie weiß sich in außerordentlichen Belastungssituationen auch gegenseitig zu unterstützen.“

Der Landesvorstand der Polizeigewerkschaft hält die Schaffung von wenigen Mega-Behörden mit riesigen Betreuungsflächen, weiten Wegen, weit abgesetzter Führungsstrukturen, einem gigantischen Umsetzungsaufwand und tausenden betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ebenso wie die Zerschlagung einer überaus leistungsfähigen Bereitschaftspolizei für überzogen und wenig überzeugend.

Pressestimmen

CDU- Pressemitteilung vom 24. Januar 2012

„Pläne des Innenministers sind fatal für das Land“

Trotz konkreter Nachfragen wehrt sich Gall dagegen, genau zu sagen, welche Polizeidirektionen und Landkreise von der neuen Reform negativ betroffen sind.

„Was von den Plänen des Innenministers zur Polizeireform bisher bekannt geworden ist, zeigt klar, dass die geplanten Veränderungen massive Einschnitte in die Polizei-Struktur aber auch für die Sicherheit der Menschen und die Kooperationen vor Ort bedeuten. Trotz konkreter Nachfragen wehrt sich Gall dagegen, genau zu sagen, welche Polizeidirektionen und Landkreise von der neuen Reform negativ betroffen sind. Dieses Verhalten erhöht die Verunsicherung und das Misstrauen in der Bevölkerung. Wir fordern den Minister deshalb auf, klar zu sagen, was und wo er etwas vor hat“, sagten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk MdL, und der Innenpolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Blenke MdL, am Dienstag (24. Januar) in Stuttgart, als Reaktion auf den Besuch des Innenministers in der CDU-Landtagsfraktion. ...

Neue Reform erhöht Bürokratie und Kosten

„Die Landesregierung will ortsferne Mammutbehörden ohne Bodenhaftung schaffen. Das wird absehbar nur zusätzlichen Koordinierungsaufwand auslösen. Es ist ein Irrglaube der Landesregierung, allein mit Zentralisierungsmaßnahmen Synergieeffekte erzielen zu können. Vielmehr ist doch zu befürchten, dass die Planstellen der Stäbe an einer Stelle zusammengezogen werden“, sagte Hauk. Auch die Polizeireviere würden aufgrund der zunehmenden Distanz zu den Direktionen zusätzliches Personal für die eigene Führungs- und Leitungsebene bereitstellen müssen, um den Kontakt zu den Kommunen und ihren Bürgern aufrecht zu erhalten.

Blenke kritisierte zudem die geplante Zerschlagung der Bereitschaftspolizei: „Gerade vor dem Hintergrund, wie wir die geschlossenen Einheiten in der Vergangenheit gebraucht haben, wäre es töricht, nun diese schlagkräftigen und aufeinander abgestimmten Einheiten aufzulösen.“

...



 **Polizeireform zwischen Frischzellenkur und mäßigem Erfolg**

SWR Landesschau aktuell Baden-Württemberg, 25.1.2012 | 19.45 Uhr

<http://swrmediathek.de/player.htm?show=431afd50-477a-11e1-8ee8-0026b975f2e6>

 Landesschau aktuell vom 25.1.2012, 21.45

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell-bw/-/id=98428/did=9194288/pv=video/nid=98428/1y7c8yc/index.html>

Gall will mehr Beamte auf die Straße bringen

Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat am Mittwoch Eckpunkte der Polizeireform vorgestellt. An den Revieren vor Ort soll demnach nicht gerüttelt werden. Vielmehr sollen rund 650 Stellen wieder für den Vollzugsdienst in den Revieren frei werden, sagte Gall. Der Landespolizeipräsident lobt die Pläne als "Frischzellenkur".

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=9190054/gb5kh9/>

SZ, Friedrichshafen vom 26.01.2012

„Deutlich überdimensioniert und insgesamt nicht überzeugend“ findet **Axel Klaffke, der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG)**, die Strukturreform. „Mit Sicherheit hat unser Innenminister im Bestreben gehandelt, die Polizei sowohl personell auch als finanziell besser aufzustellen“, sagt der Gewerkschafter aus Ravensburg. „Die Erwartung, dass Personal in die Fläche kommt, wird aber nicht erfüllt.“ Klaffke geht davon aus, dass in Oberschwaben vier bis fünf Direktionen zusammengelegt werden müssen, um die vom Ministerium geforderte Präsidiumssollstärke zwischen 1500 bis 2200 Mann zu erreichen. Er und seine Kollegen befürchten, dass dadurch „Mega-Behörden ohne Gesicht“ entstehen und die bislang gute Vernetzung mit den kommunalen Behörden verloren geht, weil der Kontakt von weit entfernten Standorten gepflegt werden muss. Wie Klaffke klarstellt, müssen sich nicht nur viele Polizisten, sondern auch Beschäftigte in der Verwaltung auf längere Fahrten zum Arbeitsplatz einstellen müssen. „30 oder 40 Kilometer können wir den Leuten - insbesondere Teilzeitkräften – jedoch nicht zumuten.“ ...

Bei der **Gewerkschaft der Polizei (GdP)** ist man deutlich mehr angetan von den Gallschen Plänen. „Wir haben heute Eckpunkte gehört – und die hören sich gut an“, sagt Rüdiger Seidenspinner, der Landesvorsitzende. ...

Der **GdP-Chef** ist überzeugt, „dass wir mittelfristig sogar mehr Personal in die Posten bekommen, um den Druck rauszunehmen“. Die Umstrukturierung bezeichnet er als polizeiinterne Angelegenheit, die „ohne Hektik“, auf Basis von „Sachargumenten“ und „sozialverträglich“ entwickelt werden müsse. Dass insbesondere Bezieher von niedrigen Einkommen nicht ewig durchs Land zu ihrer Arbeitsstelle fahren sollen, steht auch für **Rüdiger Seidenspinner** fest.

Südkurier vom 26.01.2012

„**Polizei wird neu erfunden**“

DPOIG-Landeschef Joachim Lautensack im Gespräch mit Gabriele Renz

Polizisten-Gewerkschafter Lautensack über die Gall-Reform, gebeutelte Halbtagskräfte und Reformfolgen in Bayern**Herr Lautensack, die CDU ist pauschal gegen die Polizeistrukturereform. Sie als Gewerkschafter auch?**

Wir anerkennen die Motivation des Ministers. Die Polizei hat in verschiedenen Bereichen Defizite. Aber das, was momentan abläuft, ist eine Operation am offenen Herzen eines relativ gesunden Patienten, der vielleicht einen Schnupfen hat und auf andere Weise kuriert werden könnte. Die Polizei wird aus meiner Sicht völlig neu erfunden. Diese Reform ist überdimensioniert.

Sie sagten einmal, Sie hätten eine Strukturreform auch von der Vorgängerregierung erwartet...

Wir haben Belastungsdefizite. In den letzten Jahren haben wir viel zu viele Aufgaben zugewiesen bekommen und gleichzeitig Personaleinsparungen zu verkraften gehabt, ob im Ermittlungsbereich oder an der polizeilichen Basis in den Revieren. Da muss Personal nachgeschoben werden oder Aufgaben abgebaut, was bei unserer Sicherheitsphilosophie sehr schwierig ist.

Manches kann doch gebündelt werden?

Das hat man ja schon gemacht, etwa beim Landeskriminalamt, wo eine neue Abteilung „Cybercrime“ eingerichtet wurde. Mancherorts gibt es Spezialstellen für islamistischen Terrorismus, demnächst wird eine zentrale Zuständigkeit für Rechtsextremismus aufgebaut. Man kann noch mehr Aufgabenbereiche bündeln, doch ob man das bei solchen Megabehörden in einer völlig neuen Polizeilandschaft machen muss, ist schon die Frage.

Wer ist davon überhaupt betroffen?

Es sind jede Menge Menschen betroffen, überschlägig 4000 bis 5000 Beschäftigte der Polizei werden in irgendeiner Art und Weise tangiert sein. Das sind alle Beschäftigten der Landespolizeidirektionen, das sind alle Beschäftigten in den Stabsorganisationseinheiten der bisherigen Polizeidirektionen. Es sind betroffen die Kollegen der Verkehrspolizei, der Kriminalpolizei, die Administration. Das ist viel Holz. Wenn durchdringt, wie detailliert die Planungen sind, muss sich mancher um einen neuen Arbeitsplatz kümmern.

Was heißt Betroffenheit konkret?

Niemand muss einen echten Arbeitsplatzverlust fürchten. Das anerkenne ich. Aber wenn eine teilzeitbeschäftigte Frau in Mosbach erfährt, dass ihre Polizeidirektion aufgelöst wird, kann sie sich bewerben auf einen Arbeitsplatz in Heilbronn oder Künzelsau, je nachdem, wo das neue Präsidium ist. Aber da braucht sie möglicherweise ein zweites Fahrzeug oder kann die Kinderbetreuung nicht sicher stellen oder der Aufwand rentiert sich nicht. Das sind schon Betroffenheiten.

Sind das die Rückmeldungen, die Sie kriegen?

Ich kriege vor allem Rückmeldungen von Kollegen, die das Gefühl haben, man schätze ihre Arbeit nicht und tue so, als hätten sie die ganze Zeit überflüssig am Arbeitsplatz gesessen. Selbst diejenigen, die nicht ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, werden neu laufen lernen müssen. In einer so gebündelten Organisation werden alle Arbeitsprozesse neu zu definieren sein. Das ist ein völliger Umbruch, ein völliger Neuanfang.

Aber in Bayern, wo erheblich mehr gestrafft wurde, ging das Land doch auch nicht unter?

Wenn Sie auf kollegialer Ebene einmal nachfragen, sind dort viele Wunden geschlagen worden – alle bis heute nicht verheilt. Und es gibt viele Defizite im Bereich der Aufgabenwahrnehmung, über die die Basis mehr spricht als die Polizeiführung.

Aber was merken die Bürger von alledem?

Das ist eine Glaubensfrage. Da die Polizeireviere und Posten so belassen werden sollen, wird der Bürger im Streifendienst oder in der Betreuung vor Ort wohl nichts merken. Aber wenn ein Bürger mal mit dem Leiter der Polizeidirektion sprechen will, wenn es um Beschwerden oder Anregungen bei den Entscheidungsträgern geht, wird er weite Wege zum Polizeipräsidium in Kauf nehmen müssen.

Wesentlicher sind doch aber Schutz und Hilfe in Bedrohungssituationen?

Ja, ich bin mir relativ sicher: Wenn jemand anruft bei der Polizei, wird auch dann Polizei ausrücken. Der Minister sagt ja, sogar in verstärkter Form. Wenn man allerdings die Zahl, die durch die Reform rausgeholt werden soll, auf 350 Reviere und Posten umlegt, wird arg viel an Verstärkung nicht rauskommen. Zudem dürften durch die weitere Entfernung der Reviere vom künftigen Polizeipräsidium sehr viel mehr konzeptionelle Aufgaben auf die Reviere verlagert werden im Bereich der kommunalen Polizeiprävention oder bei der Betreuung vor Ort. Die Reviere kriegen also auch mehr und neue Aufgaben, die bisher die Polizeidirektionen leisteten.

Kommentar: Messlatte liegt hoch (Badisches Tagblatt vom 26.1.2012)

Die letzte Reform ist noch nicht verdaut, da steht die nächste ins Haus. Die Polizei in Baden-Württemberg, die 2005 eine Rosskur durchlaufen musste, wird erneut grundlegend umgekrempelt. Diesmal soll es nicht um Personalabbau gehen, sondern um mehr Präsenz der Beamten auf der Straße. Ob das in dem Maß gelingen wird, wie es SPD-Innenminister Reinhold Gall gestern versprochen hat, daran sind Zweifel erlaubt.

Der ... verkündete "große Wurf", die vom Landespolizeipräsidenten in den höchsten Tönen gelobte "Frischzellenkur" ist schwer vorstellbar. Dagegen sprechen schon eine Reihe von offenen Baustellen in der Polizeistruktur, die als Folge der Reform freigeschaufelte Stellen aufsaugen dürften.

Die Messlatte liegt hoch, zumal die Reform ausgeprägte negative Seiten hat, die es erst mal zu kompensieren gilt. Kommt das Gesetz wie geplant zustande, ist es auch in der Region vorbei mit dem direkten Austausch zwischen Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landrat einerseits und dem Polizeichef in greifbarer Nähe andererseits. ... Kein Wunder, dass es in Kommunalverwaltungen und Gemeinderäten gärt. Zumal die Landesregierung die Reform nicht beim Namen nennt. Die Dementis klingen heuchlerisch: In Wirklichkeit geht es um eine umfassendere Neuordnung der Verwaltung, Regierungspräsidien, Stadt- und Landkreise stehen längst zur Disposition.

Kommentar: Reform mit Konfliktpotenzial (BNN vom 26.01.2012))

Auf den ersten Blick wirkt die Stoßrichtung von SPD-Landes-Innenminister Reinhold Gall bei seiner Polizeireform ja plausibel: Mehr Beamte an die Front, weniger Personal für Führung und Administration. Von den derzeit 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen will Gall den Apparat der Ordnungshüter auf nur noch zwölf Polizeipräsidien eindampfen, die Reviere und Polizeiposten in der Fläche als Ansprechstellen für die Bevölkerung aber nicht antasten. Alsbald wird der Minister jedoch lernen, dass zwischen Theorie und Praxis ein unerfreulich breiter Graben liegen kann. Fußangeln gibt es viele auf dem Weg hin zu mehr Effizienz im Polizeiwesen. ... Je größer die künftigen Einheiten, desto weiter rücken solche Themen weg von den Menschen. In Bayern hat man diese schmerzliche Erfahrung bei der dortigen Reform bereits gemacht.

... Eine Regierung, die die Schlagkraft der Polizei verbessern will, müsste die Besoldung attraktiver machen. Doch tut Grün-Rot bekanntermaßen das Gegenteil: Im Haushaltsinteresse liegt die Erhöhung der Beamtenbezüge auf Eis, und bei der Beihilfe gibt es Abstriche.

... Dass der SPD statt der bisherigen allgemeinen Verwaltungsgliederung ein System von größeren Regionalverwaltungen vorschwebt, ist ein offenes Geheimnis. Innenminister Gall verweist solche Mutmaßungen derzeit noch ins Reich der Fabel. Die Frage ist: wie lange noch?

Ende DPoIG-ID Nr. 04/2012